

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

F/XXI/236

Bonn, den 12. Dezember 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 1a	<u>Endlich: Große Koalition</u>	95

Vor einem Neubeginn deutscher Politik

Von Fritz Baade

2 - 3	<u>"Wo das gute Herz zur Tat schreitet"</u>	60
-------	---	----

Die Toskana-Hilfsaktion des SPD-Abgeordneten Karl Herold

4	<u>Bürokratisches Meisterstück</u>	36
---	------------------------------------	----

Fragebogenschwemme für Hausbesitzer

5 - 6	<u>Pekings erste Botschaft in Nordamerika</u>	67
-------	---	----

Kanada wird Rotchina in Kürze anerkennen

Von Erwin Erasmus Koch

+ + +

## Endlich: Große Koalition

### Vor einem Neubeginn deutscher Politik

Von Fritz Baade

Der Beschluß, mit der CDU/CSU eine große Koalition zu bilden, hat in der Deutschen Sozialdemokratie eine leidenschaftliche Diskussion ausgelöst. Als ein sehr alter Sozialdemokrat - einer der wenigen früheren Reichstagsabgeordneten, die noch am Leben sind - möchte ich sagen, warum ich für die große Koalition bin.

Seit meiner Rückkehr nach Deutschland im Anfang des Jahres 1948 bin ich leidenschaftlich für eine große Koalition - besser formuliert, für eine Regierung der nationaler Konzentration - eingetreten. Der Grund dafür ist einfach: Wir Deutschen leben, da Deutschland gespalten ist, im nationalen Notstand, und ein wirklich demokratisches Land muß, wenn es im nationalen Notstand lebt, die Gegensätze zwischen den Parteien beiseiteschieben und eine über die Parteigegensätze hinausreichende starke Regierung bilden. Das hat England in den beiden Weltkriegen getan. Und so bin ich seit meiner Rückkehr nach Deutschland überzeugt: Wir hätten das gleiche tun müssen.

Als Mitglied des Fraktionsvorstandes der ersten Bundestagsfraktion von 1949 habe ich sowohl in der Fraktionsvorstandssitzung als auch in der Fraktionssitzung der ersten Bundesversammlung für diesen Weg gekämpft, und von den anderen alten Reichstagsabgeordneten haben insbesondere Karl Severing und Fritz Hensler das gleiche getan, aber leider haben wir uns nicht durchgesetzt.

Stattdessen kam die immer stärker in ein Ein-Parteien-Regiment ausartende, scharf gegen die SPD ausgerichtete Regierung Adenauer. In Österreich dagegen kam die schwarz-rote Koalition zustande und sie hat diesem Lande ungenheure Dienste erwiesen.

Man kann denen, die jetzt den Mut und die Geschicklichkeit gehabt haben, endlich eine Regierung der großen Koalition zu bilden, nicht nur gratulieren, sondern muß ihnen von Herzen dankbar sein.

Die Argumente, die insbesondere von Willy Brandt vorgetragen worden sind, warum wir nicht die kleine Koalition mit der FDP gebildet haben, sondern die große mit der CDU/CSU, sind völlig richtig. Wer darauf hinweist, daß die Labour-Party in England auch zunächst mit einer Mehrheit von zwei Mandaten angefangen hat und daß sie dann das Parlament aufgelöst und in der Neuwahl einen Sieg in den Dimensionen eines Erdbebens erzielt hat, geht an den Regeln des politischen Einmaleins vorbei. In England war das möglich, weil England ein Plural-Wahlrecht hat, bei dem seit mehr als 100 Jahren eine verhältnismäßig bescheidene Verschiebung in den Sympathien der Wähler gewaltige Verschiebungen in der Zusammensetzung des Parlaments bewirkt. Wir dagegen haben ein Proporz-System, in dem Verschiebungen in den Sympathien der Wähler nur bescheidene Verschiebungen in der Verteilung der Mandate auslösen; ein rein mathematischer, aber politisch entscheidend wichtiger Tatbestand.

Wir stehen an einem völlig neuen Anfang der deutschen Politik. Die Ära Adenauer - Erhard hat uns mit einer sehr großen Hypothek von politischen Illusionen belastet. Diese Illusionen müssen als solche erkannt und abgeschrieben werden. Wenn manche Kritiker in der Partei allerdings jetzt sagen, wir hätten vor der Bildung der großen Koalition einen "Offenbarungseid" von dem Koalitionspartner CDU/CSU verlangen müssen, so überschauen sie, was im politischen Raum möglich und was nicht möglich ist. So geschwächt und erschüttert die CDU auch ist, zu einem Offenbarungseid in der Ausmaß, wie es zur sofortigen Abschreibung dieser Illusionen nötig gewesen wäre, könnten wir sie jetzt bestimmt nicht zwingen. Wir müssen ja bedenken, daß diese Illusionen nicht nur in den Reihen der Politiker tief eingefressen sind, sondern auch in weiten Schichten der Wählerschaft.

Die Illusionen, die erkannt und abgeschrieben werden müssen, wenn die deutsche Politik überhaupt eine echte und konstruktive Politik werden soll, sind die folgenden:

- \* 1. Die Illusion, daß eine Wiedervereinigung Deutschlands aufgrund einer Politik der Stärke möglich ist, d.h. daß die Zeit hier für uns arbeitet.
- \* Genau das Gegenteil ist die Wahrheit!
- \* 2. Die Illusion, daß nur eine starke Rüstung uns militärische Sicherheit geben kann.
- \* Die Wahrheit heißt, daß wir zusätzliche Sicherheit nicht durch Aufrüstung, sondern nur durch eine paritätisch zwischen Ost und West vereinbarte und beiderseits kontrollierte Abrüstung erlangen können.
- \* 3. Die Illusion, daß das Defizit im Bundeshaushalt ohne Rüstungsbeschränkung beseitigt werden kann.

Abgeschrieben werden müssen diese Illusionen, wenn Deutschland lebensfähig werden soll, aber dafür ist eine Regierung der Großen Koalition das bei weitem beste Instrument.

Es ist ziemlich müßig, darüber zu streiten, ob die eine oder andere Position im Bundeskabinett, die wir nicht besetzen konnten, noch wichtiger gewesen wäre, als die Positionen, die wir besetzt haben. Viel wichtiger ist die Tatsache, daß wir neun Minister im Kabinett haben, acht Männer und eine Frau, die alle nicht nur ein ungewöhnlich großes Maß an Sachkenntnis und Arbeitsfähigkeit mitbringen, sondern auch gerade die Eigenschaft, die hier notwendig ist: Zähigkeit und Standfestigkeit.

Man mag beklagen, daß manche Entscheidungen des politischen Schicksals des deutschen Volkes sich durch diese Regierungsbildung bis zu einem gewissen Grade aus der Volkswahl in das Kabinett verlagern werden. Aber das war unvermeidbar, denn nur durch das zähe Ringen in einem verhältnismäßig kleinen Kreis von Menschen, wie ihn das Gremium der Minister und ihrer Staatssekretäre darstellt, kann die ungeheure Aufgabe gelöst werden, eine völlig in Illusionen festgefahrene Deutschlandpolitik zu einer realistischen Politik zu machen.

"Wo das gute Herz zur Tat schreitet"

Die Toskana-Hilfsaktion des SPD-Abgeordneten Karl Herold

H.E.-er. - "Wer schnell hilft, hilft doppelt." Nach dieser Devise hat der oberfränkische SPD-Bundestagsabgeordnete und Bezirksvorsitzende der Arbeiterwohlfahrt, Karl Herold, seine Hilfsaktion für die Menschen in den oberitalienischen Überschwemmungsgebieten eingeleitet, die in Italien ein nachhaltiges Echo gefunden hat, und zwar weit über die direkt betroffenen Regionen hinaus.

"Benötigen dringend Decken und Nahrungsmittel für Kinder"

Anselmo Pucci, der Präfekt der Provinz Toskana, versicherte Karl Herold, er werde diese Hilfsaktion nie vergessen. Berichte in den lokalen Zeitungen hatten dafür gesorgt, daß den Geschädigten bekannt wurde, wer so spontan reagierte, als beispielsweise der Bürgermeister von Vicopisano telegraphierte: "Benötigen dringend Decken und Nahrungsmittel für Kinder." Der Abgeordnete Herold fühlte sich von der Katastrophe der Menschen am Arno ganz persönlich angesprochen, als er zu Beginn der Überschwemmungen von der Not in Toskana, ganz besonders aber auch von den Schäden in und um das Städtchen Vicopisano, hörte. Herold kannte dort Land und Leute, weil er vor über 20 Jahren als Wehrmachts-Unteroffizier in Vicopisano einquartiert war...

"Blitzaktion" AWO - Bundesluftwaffe

Unmittelbar nach dem Eingang des telegrafischen Hilferufs aus der Toskana leitete Herold vom Bonner Bundeshaus aus eine "Blitzaktion" ein, auf die die Bürgerschaft, seine fränkische AWO-Organisation, die Deutsche Botschaft in Rom, aber vor allem auch die Bundesluftwaffe nicht weniger spontan reagierten: Bereits am 22. November trafen auf dem Flughafen von San Giusto di Pisa vier Maschinen der Luftwaffe ein mit ausgewählten Kleidungsstücken, 500 neuen Wolldecken und 150 Zentnern Nahrungsmittel vor allem für Kinder. In Franken haben sich unzählige Bürger an der Aktion beteiligt. Karl Herold kümmerte sich an Ort und Stelle um die Organisation und um die Verteilung der Spenden, die von den lokalen Behörden und der italienischen Armee mustergültig in die Wege geleitet wurde. Die Hilfe für die Men-

schen in der Toskana geht aber noch weiter. Wie Karl Herold mitteilte, werden etwa 150 Kinder mit ihren Müttern zu einem Erholungsaufenthalt in fränkische und weitere bayerische Heime der Arbeiterwohlfahrt eingeladen werden.

#### NdB will nicht "gefeiert" werden

Die Bürger von Vicopisano haben es, wie die Lokalpresse berichtete, sehr bedauert, daß sie dem ehemaligen deutschen Unteroffizier und heutigen Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Parlaments keinen offiziellen Empfang bereiten konnten:

"Leider konnte dem generösen Signore Herold nicht der Empfang bereitet werden, den er sich wohlverdient hätte, weder von Seiten der Bevölkerung noch von Seiten des Gemeindeausschusses oder von der Presse, für die so großzügige Hilfe, da niemand vorher verständigt worden war und außer dem Bürgermeister und einigen seiner Mitarbeiter, die ihn im Rathaus empfangen, niemand von seiner Ankunft gewußt hatte."

#### Ein Brief des Dankes

Aber Karl Herold wollte gar nicht gefeiert werden. Für ihn bedeutet es Dank genug, zu wissen, einen Beitrag zur internationalen Solidarität geleistet zu haben. Daß ihm dies gelungen ist, zeigten ihm zahlreiche Briefe und Telegramme, auch von Deutschen, die jenseits der Alpen wohnen: In einem Brief aus Pontignano hieß es z.B.: "Die Spenden werden besonders den Ärmsten jetzt vor Eintritt des Winters zugute kommen, die ohne große flüssige Mittel vor dem Nichts stehen, zu denen aber auch die Fürsorge meist etwas später kommt als gewöhnlich. Die Not ist groß nicht bloß im ersten Augenblick, sie wird einige Jahre andauern, wo nichts angebaut werden kann, wo die Arbeitslosigkeit einkehrt, wo die kargen Betriebsmittel fortgeschwemmt worden sind. Es wird da mancher eher an eine Kuh oder ein Arbeitsgerät als an einen Wintermantel oder eine Wolljacke denken müssen. Seit Wochen lesen wir die Schreckensberichte und die Verluste: Es wird von Tag zu Tag beklommender. Die internationale Solidarität läßt sich so schwer in Gesetze und Regeln pressen, sie braucht das auch nicht, wo das gute Herz zur Tat schreitet."

### Bürokratisches Meisterstück

#### Fragebogenschwemme für Hausbesitzer

sp - Für viele Hausbesitzer und Eigentümer von Einfamilienhäusern sind die vorweihnachtlichen Wochen durchaus keine fröhliche Zeit. Die Finanzämter haben in den zurückliegenden Tagen über fünf Millionen Vordrucke herausgeschickt. Es sind die Erklärungen zur Hauptfeststellung des Einheitswertes. Die Vordrucke sollen ausgefüllt bis zum 1. Januar nächsten Jahres vorliegen. Es gibt schon besondere Verlage, welche die Spezialformulare drucken. Im ganzen sind es 16 Formulare, die einem da von Fall zu Fall ins Haus flattern. Bei den Hausverwaltungen der großen Wohnungsbaugesellschaften und den Steuerberatern stapeln sich in diesen Tagen die Akten. Viele ältere Leute stehen der Papierflut völlig hilflos gegenüber.

Zunächst einmal wäre es vonnöten, wenn in der Bundesrepublik zentral eine sechsmonatige Fristverlängerung zwecks Ausfüllung der überaus komplizierten Vordrucke gegeben würde. Zum anderen sollten die Finanzbehörden zentral prüfen, was sie ohne weiteres über die Hausangaben von den Katasterämtern listenweise erfahren können. Es gibt Fälle, wo Finanzbehörde und Katasteramt in einem Haus sitzen. Vor dem Katasteramt aber stehen die Leute Schlange, um zu erfragen, was sie für das Finanzamt nebenan eintragen sollen.

Dann erhebt sich die Frage, ob bei der Ausfertigung der Vordrucke des Guten nicht zuviel getan worden ist. Schließlich wird einem Bestrafung bei unrichtigen oder unvollständigen Angaben angedroht. Wer weiß denn beispielsweise schon, ob der Fußboden in seinem Wohnraum aus Spachtelboden, Hobeldielen, Kunststoff, Linoleum, norddeutscher Kiefer, besserem Kunststoff, Kleinparkett, Buchenparkett, Parkett, Gummi, einfachem Teppichboden, Rauchparkett, besserem Teppichboden, Marmor oder anderen Naturstein besteht. Man muß diese Begriffe mehrfach durchlesen und sich dann vor Augen halten, daß man mit Strafe bedroht wird, wenn man etwas falsch macht.

Hier scheint es auch notwendig zu sein, eine rigorose Vereinfachung der Angaben zu gestatten. Das sollte auch im Interesse der Finanzämter selbst geschehen. Jeder Fachmann versichert, daß zur Feststellung des Einheitswertes derartig detaillierte Angaben ohne Belang sind. Die Beamten in den Finanzämtern aber, bei denen die Vordrucke nun tatsächlich bald lastwagenweise anrollen werden, sollen das noch alles einmal überprüfen.

## Pekings erste Botschaft in Nordamerika

Kanada wird Rotchina in Kürze anerkennen

Von Erwin Erasmus Koch

\* Lester Pearson, der Premier von Kanada, ist sich mit seiner Regierung über die Anerkennung der Volksrepublik China einig. Im Hintergrund dürfte der Grund bestimmend dafür wirken, daß Rotchina erheblich zum Boom für die Farmer Kanadas beigetragen hat. Pearson hat darüber hinaus besondere politische Ambitionen. Er möchte in die Weltgeschichte als der große Friedensstifter eingehen. Die Frage bleibt indes offen, ob Rotchina den kanadischen Weizen für den Krieg einlagert.

Kanada hat während der ersten sieben Monate des laufenden Jahres seine Weizenverkäufe an die Volksrepublik China abermals gesteigert. Das 1965 zwischen Toronto und Peking getroffene Abkommen ist angelaufen: Rotchina wird bis Juli 1969 Getreide aus Kanada in einer Menge einführen, die zwischen 280 Millionen und 466 Millionen Bushel schwankt. Die Annahme dürfte berechtigt sein, daß die vertraglich festgelegte Maximalmenge erreicht wird. Sie würde einem Betrag von 550 Millionen US-Dollar (2,2 Mrd. DM) entsprechen. Die ersten Verschiffungen haben bereits stattgefunden. Von August bis Dezember 1966 waren es 59,7 Millionen Bushel. Der Wert des in den ersten sieben Monaten von Kanada nach Rotchina ausgeführten Getreides betrug mehr als 80 Millionen Dollar.

Der kanadische Premier Lester Pearson hat offenbar mit Peking bereits den Austausch von Handelsmissionen vereinbart. Dabei soll es der rotchinesischen Außenhandelsgesellschaft gestattet worden sein, in einigen Städten Kanadas chinesische Exportgüter in eigenen chinesischen Geschäften zu zeigen, so auch Textilien. Ein kanadischer Politiker wiederholt seine früher vorgebrachten Warnungen. Dieser Parteiführer, Real Caouette, der Vorsitzende der Social Credit Rally Party, wies schon im vergangenen Sommer auf die Gefahren des chinesischen Dumpings in Kanada hin. Die vermehrte Einfuhr chinesischer Textilien werde zur Stilllegung von Textilfabriken in Quebec führen.

Lester Pearson, der einzige Regierungschef der Welt, der

Träger des Friedensnobelpreises ist, glaubt, daß nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen Kanadas und der VR China auch der politische Dialog aufgenommen werden könne. Es werde vielleicht möglich sein, mit der Führung in Peking einen Ausweg aus der Vietnam-Krise zu finden sowie in den Fragen der Repräsentation Chinas in den Vereinten Nationen und des Status von Taiwan weiterzukommen.

Lester Pearson, so warnen indes Rotchina-Experten, gebe sich Illusionen hin. Nicht eine einzige seiner Hoffnungen werde sich erfüllen. In den Augen der Machthaber in Peking sei der Platz des Tien An Ménh nicht anders wie einst der Wohnsitz der Kaiser der Mittelpunkt der Welt. Rotchina wolle sein Diktat über Vietnam erfüllt sehen, die Wiedervereinigung in einem kommunistischen Staat. Und dazu unausgesprochen: Dieses kommunistische Vietnam werde eine lebenswichtige Interessensphäre der Volksrepublik China bilden, so wie Vietnam fast 1 000 Jahre lang zu den Außenprovinzen des Reichs der Mitte zählte. Mao Tse-tung und Lin Piao betrachteten es als *Conditio sine qua non*, daß die Peking-Regierung im zweigeteilten China allein legal und daher auch allein den Vertretungsanspruch innerhalb der Vereinten Nationen habe. Der Status von Taiwan könne bestenfalls die Autonomie der Insel aussprechen. Sitz der Zentralregierung, der auch Taiwan unterstehe, sei Peking. Es müsse gänzlich Peking überlassen bleiben, ob es beispielweise Chiang Kai-shek als Verräter unter Anklage stellen oder als Generalgouverneur einsetzen würde.

Lester Pearson scheint von der Eisk Starrigkeit der führenden Männer in Peking nicht überzeugt zu sein. Aus seiner Umgebung verlautet, der Premier erachte allein schon das Ausmaß des kanadisch-chinesischen Handels für derartig, daß es geradezu absurd wäre, angesichts dieser Tatsache ohne diplomatische Beziehungen auskommen zu wollen. Wenn Washington darüber betroffen sein sollte, würde das an der Entschließung Torontos nicht das geringste ändern. Der Austausch der Botschafter dürfte im Laufe der ersten Monate des Jahres 1967 stattfinden.